

Meinungen  
und Informationen  
aus dem  
Evangelischen  
Arbeitskreis  
der CDU/CSU

März 1977

# Evangelische Verantwortung

Heft 3/1977

## Christsein aus Verantwortung

Lieber Leser!

Düsseldorf ist in der Zeit vom 7. – 9. März die Stadt des diesjährigen Parteitages der Christlich Demokratischen Union Deutschlands – ein Parteitag, der kein Programm verabschiedet, sondern sich neben den allgemein üblichen Regularien, die satzungsgemäß vorgesehen sind, einen Tag lang mit der gesamtdeutschen Verantwortung in Vorträgen und Diskussionen beschäftigen wird. Darüber hinaus wird die Eröffnung des Parteitages – in Belebung einer alten CDU-Tradition – mit einem ökumenischen Gottesdienst stattfinden, den Stadtdechant Henrichs gemeinsam mit dem Stadtsuperintendenten Dr. Erich Dietrich in der St.-Adolfus-Kirche abhält.

Wir werten dies als ein Zeichen dafür, daß die CDU sich ihrer Verpflichtung als Union aus christlicher Verantwortung politisches Leben zu gestalten wieder stärker bewußt ist. Oft mußten wir uns in den letzten Jahren fragen, ob die Partei den überall feststellbaren Säkularisierungsprozeß als unabänderliche Tatsache hinzunehmen bereit war, oder ob sie nicht gerade dazu aufgefordert sein mußte, sich mit ihrer ganzen geistigen Kraft hiergegen zur Wehr zu setzen.

Das „U“ in dem Namen der Partei wurde aus seiner historischen Entstehung herausgegriffen und verfälscht. Die Gründer der CDU hatten sich für das „U“ entschieden, weil sie hierin die Union von Chri-

sten beider Konfessionen sahen, und weil sie zugleich wußten, daß nur dieser gemeinsame Weg das unglückselige Nebeneinander evangelischer und katholischer Christen im politischen Bereich beenden konnte. Erst später wurde dann das „U“ auch als Union von Menschen aller sozialen Gruppierungen – als Hinweis auf die Volkspartei – interpretiert. Man war bemüht, sich den Zeitläufen anzupassen und vergaß dabei, daß überall dort, wo Christen zusammenstanden, es sich immer zugleich um das Spiegelbild aller gesellschaftlichen Gruppen handelt. Auch die Kirche als die Gemeinschaft der Gläubigen hat sich bis auf den heutigen Tag so verstanden. Die soziale Verantwortung mag – ohne sie schmälern zu wollen – gelegentlich in auch nicht angebrachten Bereichen die Frage nach dem Verkündigungsauftrag überlagert haben; doch glauben wir – und ein Blick auf die Kirchen der Vereinigten Staaten zeigt dort die gleichen Erscheinungen – daß die evangelikalen Bewegungen mit der starken Hinwendung zum Wort Gottes überaus starken Zulauf finden. So wird nach bisherigen Feststellungen der Gemeindetag unter dem Wort, der am Himmelfahrtstag '77 in Dortmund stattfindet, eine erheblich größere Zahl von Menschen zur Teilnahme bewegen als der nur wenige Wochen später in Berlin beginnende 17. Deutsche Evangelische Kirchentag.

Dies alles soll nicht heißen, daß der Kirche das Recht genommen wird, auch weiterhin zu politischen Fragen Stellung zu nehmen, doch ein „Ja“ zur poli-

tischen Predigt muß relativiert werden. Der Vizepräsident der EKD-Kanzlei D. Erwin Wilkens hat erst kürzlich in einem Vortrag festgestellt, daß der politische Dienst der Kirche nur dann wirksam und überzeugend sein kann, wenn er aus einer christlich gegründeten Distanz heraus geschieht und sich auf wesentliche Schlüsselfragen konzentriert.

Leider haben wir in der Vergangenheit nicht immer das Gefühl gehabt, daß von seiten unserer Pfarrer diese Erkenntnis mehrheitlich berücksichtigt wurde. Aufgrund einer Reihe von Beobachtungen läßt sich bei uns heute die These aufstellen, daß die Zahl der sonntäglichen Gottesdienstbesucher in den einzelnen Gemeinden um so höher ist, je stärker seelsorgerricher Auftrag und Verkündigung des Wortes im Mittelpunkt stehen. Treffend – zumindest für einen Laien – hat mich kürzlich ein Vater gefragt, der seine Kinder aus dem Religionsunterricht abgemeldet hatte, da er mit der dort praktizierten Verquickung des Christentums mit dem Marxismus nicht einverstanden sei, warum Christen eigentlich für so vieles oder gegen so vieles auf der Welt seien. Sie seien für den Sozialismus, gegen einen Verteidigungsbeitrag, gegen Kernkraftwerke; nur eines vermisse er bei alle dem: Christen für Gott. Und auch bei der jetzt stattfindenden Wertediskussion müsse er leider feststellen, daß der Grundwert des Christen, nämlich der Glaube, überlagert werde von den Schlagworten der Französischen Revolution.

Über all dies werden wir nachdenken müssen, wenn wir die Situation unseres Christseins in der Bundesrepublik Deutschland vergleichen mit der von Christen in anderen Ländern oder Kontinenten. Der kürzlich in Nairobi stattgefundenen Gesamtafrikanische Kongreß Christlicher Führungskräfte (PACLA) hat deutlich gemacht, daß für Afrikas Christen nicht länger das sozialistische Wetterleuchten eines Burgess Carr in der Funktion des Generalsekretärs der Allafrikanischen Kirchenkonferenz (AACC) als richtungsweisend angesehen werden kann. Der Generalsekretär des Weltkirchenrates Philip Potter, der den Schwerpunkt seiner Arbeit eindeutig im gesellschaftspolitischen Bereich sieht, wird einfach zur Kenntnis nehmen müssen, daß Afrikas Christen in ihrer Schlußresolution in Nairobi nicht zum bewaffneten Kampf aufrufen, wie die früher von Potter in Mocambique unterstützten FRELIMO-Scharen, sondern gelobten, „im Namen Jesu Christi aktive Versöhner über jede Trennung hinweg zu sein, weil wir glauben, daß Jesus selbst uns in diesen Dienst der Versöhnung bestellt hat“.

Blicken wir zurück auf Düsseldorf. Wenn ich auf das Christsein in anderen Regionen hinwies, so gehört dazu auch die Frage nach dem Christsein in den Ländern hinter dem „Eisernen Vorhang“, gehört dazu auch das Leben der Christen in der DDR. Unter dem Generalthema „Unsere Verantwortung für Deutschland“ wird der Präsident des Diakonischen Werkes

in der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Theodor Schober, über „Christsein in der DDR“ sprechen – eine Anfrage, die seit dem grauenvollen Tod von Pfarrer Oskar Brüsewitz nicht mehr übergangen werden kann. Dazu gehören aber auch die Menschenrechtsverletzungen in den Ländern der Signatarstaaten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), dazu gehört die Frage nach den Festnahmen von Christen und Bürgerrechtlern in der UdSSR und anderen Staaten des Warschauer Paktes. Die fortdauernde Inhaftierung des Baptistenpredigers Vins in der UdSSR trotz weltweiter Proteste ist zugleich ein Zeichen unserer eigenen Ohnmacht, aber auch ein deutlicher Hinweis für die Kirchen, was sie im sozialistischen Bereich erwartet.

Die von Helmut Kohl für Düsseldorf vorgegebene Thematik ist heute aktueller denn je. Sie zeigt im Vergleich mit der vor fast auf den Tag mit dem diesjährigen Bundesparteitag vor 25 Jahren in Siegen stattgefundenen ersten Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises eine auffallende Parallele. Im März 1952 trafen sich die Unionsprotestanten unter der Führung des damaligen Bundestagspräsidenten, Hermann Ehlers, in Siegen unter dem Leitthema „Unsere politische Verantwortung in einem geteilten Deutschland“. Die damals in Siegen aufgestellten Leitsätze gingen von der engen Bindung der Bundesrepublik an die freiheitlichen Länder der westlichen Welt aus. Nur mit ihnen, so erklärte Hermann Ehlers damals, ließe sich eine Wiedervereinigung erzielen – ein sicherlich auch noch heute geltender Grundsatz.

Wenn wir vom 13. bis 15. Mai 1977 in Siegen des 25jährigen Bestehens unseres Arbeitskreises gedenken, werden wir feststellen, wie stark die Kraft jener Männer und Frauen war, die gebunden in ihren Glauben sich mit ihrer ganzen Persönlichkeit für den Weg unseres Landes in die Freiheit einsetzten.

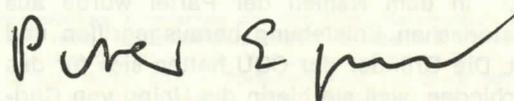
Düsseldorf im März 1977, Siegen im Mai 1977, wo immer Christen aus ihrer Verantwortung heraus sich zu dem „C“ bekennen, wird jenes Wort Dietrich Bonhoeffers uns gemeinsam begleiten:

„Nicht das Beliebige, sondern das Rechte tun und wagen, nicht im Möglichen schweben, das Wirkliche tapfer ergreifen, nicht in der Flucht der Gedanken, allein in der Tat ist die Freiheit.“

Tritt aus ängstlichem Zögern heraus in den Sturm des Geschehens, nur von Gottes Gebot und deinem Glauben getragen, und die Freiheit wird deinen Geist jauchzend empfangen.“

Lassen wir diesen Geist der Freiheit auch bei der 25-Jahr-Feier des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Siegen wehen.

Mit besten Grüßen  
Ihr



Dr. Peter Egen ist Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU.

# Stalin und die deutsche Wiedervereinigung 1952 – eine Geschichtslüge

Alfred Gramsch

Kaum eine Note der Sowjetunion hat in den 50er Jahren einen solchen Widerhall gefunden, wie die vom 10. März 1952, in der die UdSSR den Westmächten Vorschläge zur Wiedervereinigung Deutschlands unterbreitete. Wenige Tage später, am 16. März 1952, nahm Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer im Rahmen der öffentlichen Schlußkundgebung der Gründungsveranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der Unionsparteien in Siegen kritisch hierzu Stellung. Der Autor des folgenden Artikels hat die Zeit von damals bis heute aufmerksam verfolgt – als Landtagsabgeordneter – als Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises in Oldenburg – die Fragen, die er anspricht, sind weit über den tagespolitischen Rahmen hinausgehend – wir können sie auch als einen Aufruf an die junge Generation werten, als Appell, über historische Entwicklungen nicht vorschnell zur Tagesordnung überzugehen.

Das Thema mag manchem als unaktuell erscheinen. Tatsächlich handelt es sich um die geschichtlich wichtigste Entscheidung der bundesdeutschen Nachkriegspolitik. Es ging und es geht um die Frage: „Freiheit oder Sozialismus“. In dieser Schicksalsfrage fiel in den Jahren von 1952 bis 1954 unter Adenauer die Entscheidung für die Freiheit und den Anschluß der Bundesrepublik an den freien Westen.

Die SPD hat damals diese Entscheidung erbittert bekämpft. Zur Macht gekommen hat sie seit 1969 mit der neuen Ostpolitik Anpassung und Positionsaufgabe betrieben.

Als historisches Alibi für die neue Ostpolitik wird oft die Note Stalins vom 10. März 1952 herangezogen. Es wird behauptet, die Sowjetunion habe 1952 den Westmächten die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit angeboten. Adenauer jedoch habe diese ernste Chance einer deutschen Wiedervereinigung vertan. Auf sein Betreiben sei das Angebot Stalins durch die Westmächte nicht hinreichend ausgelotet worden.

Die Haltlosigkeit solcher Behauptungen und die wirklichen politi-

schen Zusammenhänge sind seit vielen Jahren wissenschaftlich geklärt. Adenauer selbst hat die tatsächlichen Vorgänge in seinen Erinnerungsbänden ausführlich dargestellt und dokumentarisch belegt. Dessen ungeachtet wird von sozialliberaler Seite die alte Behauptung immer wieder aufgestellt, sogar Bundespräsident Gustav Heinemann hat sie noch im Oktober 1974 in einem Fernsehinterview wiederholt, wir wären unter Adenauer auf Stalins Angebot 1952 zur Wiedervereinigung nicht eingegangen und hätten „selbst dazu beigetragen, daß mittlerweile zwei Staaten auf deutschem Boden bestehen“. – Wer beobachtet, wie sich solche Darstellung bei vielen Menschen bereits zu einem historischen Dogma verfestigt hat, darf wohl von einer Legendenbildung sprechen, gewissermaßen von „Adenauers Dolchstoß gegen die deutsche Wiedervereinigung“.

## Auf dem Wege zur freien Welt

Für eine objektivere Urteilsbildung muß man sich in die historische Lage von 1952 versetzen. Seit Januar 1952 näherten sich die Verhandlungen zwischen den westlichen Besatzungsmächten und der Bundesregierung, welche die Eingliederung der Bundesrepublik in die Gemeinschaft der freien Völker und ihre Beteiligung an einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zum Ziele hatten, ihrem Abschluß. Es ging dabei also keineswegs nur um einen Verteidigungsbeitrag, sondern um zwei miteinander gekoppelte Verträge, nämlich erstens den „Deutschlandvertrag“ mit den drei Besatzungsmächten und zweitens um den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) mit Frankreich, Italien und den Beneluxländern. Durch den „Deutschlandvertrag“ – so Konrad Adenauer – „erhielt die Bundesregierung auf allen Gebieten ihre

Handlungsfreiheit zurück ... Durch ihn wurde sie vertrags- und bündnisfähig“ – und – durch den Beitritt zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft konnte die Bundesregierung eines ihrer Ziele verwirklichen, nämlich die Einbeziehung Deutschlands in eine europäische Gemeinschaft, die ihrerseits wieder einen Platz in dem weltweiten Gefüge einnahm, das sich die freie Welt zur Erhaltung des Friedens geschaffen hatte. Wir standen nicht mehr allein. Wir waren nicht mehr nur ein Objekt der Außenpolitik anderer Mächte“.

## Aus dem Inhalt

Christsein aus Verantwortung Peter Egen	1
Stalin und die deutsche Wiedervereinigung 1952 – eine Geschichtslüge Alfred Gramsch	3
25 Jahre EAK-Programm für Siegen	7
Aus unserer Arbeit	8
Kein Zurück mehr in die Zone des Schweigens Ernst Rasch	9
Kurz notiert	10
Aus den Akademieprogrammen	12

Den Abschluß dieser beiden Verträge zu verhindern, war das offen erklärte Ziel der nun einsetzenden sowjetischen Notenoﬀensive. Sie begann mit dem Sprengsatz der Note Stalins vom 10. März 1952. Gegen den Deutschland- und EVG-Vertrag führte er den Gegenplan einer Wiedervereinigung Deutschlands nach sowjetischem Muster ins Feld.

## Der Inhalt der Sowjetnote

Selbstverständlich war Stalins Note weder an Adenauer noch an die Bundesregierung gerichtet, son-

dern an die drei Westmächte. Die Bundesregierung konnte allenfalls den drei Westmächten ihre Ansichten vortragen.. — Beim Inhalt der Sowjetnote ging es um folgende Punkte:

1. die Wiederherstellung Deutschlands, um sich als „unabhängiger demokratischer, friedlicher Staat“ zu entwickeln;

2. den Abzug aller Besatzungskräfte und Liquidierung der ausländischen Militärstützpunkte;

3. die Gewähr der demokratischen Rechte für alle unter deutscher Rechtsprechung stehenden Personen „ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion ... einschließlich der Redefreiheit, der Pressefreiheit, der Rechte der freien Religionsausübung, der Freiheit der politischen Überzeugung und der Versammlungsfreiheit“;

4. die uneingeschränkte Bestätigungs-, Presse- und Publikationsfreiheit für „die“ (!) demokratischen Parteien und Organisationen.

5. „Auf dem Territorium Deutschlands dürfen Organisationen, die der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind, nicht bestehen.“

6. „Allen ehemaligen Angehörigen der deutschen Armee, einschließlich der Offiziere und Generäle, allen ehemaligen Nazis, — soweit sie nicht gerade eine Strafe für Kriegsverbrechen verbüßen — „müssen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte wie allen anderen deutschen Bürgern gewährleistet werden zur Teilnahme am Aufbau eines friedliebenden und demokratischen Deutschlands“.

7. Deutschland verpflichtet sich, keine Koalition oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Kriege gegen Deutschland teilgenommen hat. Die Note verlangt ferner die Abtretung der deutschen Ostgebiete mit der Formulierung: „Das Territorium Deutschlands wird bestimmt durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz der Großmächte“. Hier wird schlicht den Westmächten unterstellt, die Preisgabe des deutschen Ostens sei bereits gemeinsam beschlossene Sache. Die Westmächte haben diese Falschmünzerei in dem anschließenden Notenwechsel wiederholt energisch zurückgewiesen. Die Festsetzung der deutschen

Grenzen sei im Potsdamer Abkommen ausdrücklich abgelehnt worden; die Grenzziehung bleibe dem Friedensvertrag vorbehalten.

Schließlich nennt die Sowjetnote noch einige militärische Leitsätze: Es werde Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte zu besitzen, soweit sie für die Verteidigung des Landes notwendig sind. Die Erzeugung der dafür notwendigen Ausrüstung wird gestattet, aber beschränkt und kontrolliert.

---

### **Welches aber waren die Absichten Stalins?**

---

Man braucht sich gar nicht auf die detaillierten und beliebig interpretierbaren Fußangeln der Note einzulassen. Schon ein unvoreingenommener Blick auf die unmißverständlichen Formulierungen entlarvt die Ziele der Sowjets. Deutschland soll zwar wiederhergestellt werden, aber nur als vom Westen abgeschnürter, außenpolitisch narkotisierter und kontrollierter Satellitenstaat und uneingeschränkt kommunistisches Betätigungsfeld. Alle innenpolitischen Bestimmungen werden von der festen Wortverbindung „demokratisch und friedliebend“ beherrscht. Im sowjetischen Sprachgebrauch gelten — das ist durch eine Fülle von Dokumenten historisch bezeugt — diese Wortverbindungen nur für kommunistische oder kommunistenhörige Parteien und Organisationen. Um jeden Zweifel auszuschließen, wird gemäß Punkt 5 allen anderen Parteien und Organisationen — gemeint sind die im Laufe dieses Notenwechsels als revanchistisch diffamierten bundesdeutschen Regierungsparteien CDU/CSU, FDP, DP und ebenso der BHE — endgültig das Handwerk gelegt. „Sie dürfen“ — ganz einfach — „nicht bestehen“.

Aber nicht genug: mit der so völkerrechtlich zu verbriefenden kommunistischen Diktatur in ganz Deutschland soll dieses zukünftige Deutschland das Exerzierfeld und die Aufmarschbasis für die kommunistischen Kader der ganzen Welt werden, ein unübersteigbarer Wall gegen etwaige Eigenmächtigkeiten der schon unterjochten östlichen Satellitenvölker. Denn was anderes kann man unter Punkt 3 verstehen,

der allen in Deutschland Anwesenden, auch solchen, die nicht einmal deutsch sprechen, uneingeschränkte politische Betätigungsfreiheit zuspricht?!

Darum schließlich auch die in einem völkerrechtlichen Vertrag merkwürdig anmutenden Bestimmungen zugunsten der bislang verfeimten Militaristen mit Einbeziehung der Nazigeneräle und die Bildung einer nationalen Streitmacht. Unmißverständlich soll damit die in der Sowjetzone bereits praktizierte Bildung einer Volksarmee als willfähiges Instrument der kommunistischen Diktatur international legalisiert werden.

Solche Ziele ließen sich natürlich nicht ohne Mitwirkung einer künftigen gesamtdeutschen Regierung durchsetzen. Deshalb soll Deutschland bei der Vorbereitung eines Friedensvertrages durch eine gesamtdeutsche Vertretung beteiligt werden. In welcher Form jedoch diese Beteiligung erfolgen und wie vor allem eine Gesamtdeutsche Regierung gebildet werden solle, genauer, wie sich Moskau zur Durchführung freier Wahlen stellt, darüber schwieg sich die Sowjetnote aus.

---

### **Westmächte fordern freie Wahlen in ganz Deutschland**

---

Hier setzte die **Antwortnote der Westmächte vom 25. März 1952** ein. Wenn eine Gesamtdeutsche Regierung den Willen des ganzen deutschen Volkes zum Ausdruck bringen solle, dann könne sie nur durch freie Wahlen in allen vier Besatzungszonen und Berlin geschaffen werden. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen habe zur Prüfung der Voraussetzungen bereits eine neutrale Kommission ernannt. Die Westmächte hätten dieser ihre Unterstützung zugesichert. Man werde es zu schätzen wissen, wenn auch die Sowjetunion eine solche Unterstützung gewähre.

Desweiteren bestanden die Westmächte darauf, daß einer Gesamtdeutschen Regierung die Bündnisfähigkeit im Einklang mit den Grundsätzen und Zielen der Vereinten Nationen nicht verweigert werden könne.

Hinsichtlich der zukünftigen Grenzen erinnert die Antwortnote

daran, daß solche im Potsdamer Abkommen nicht festgelegt wären, sondern eindeutig einer Friedensregelung vorbehalten bleiben müßten.

Den Aufbau einer nationalen Volksarmee schließlich lehnten die Westmächte als Rückfall in einen nationalistischen Militarismus ab. Sie würden statt dessen die Integration deutscher Streitkräfte in eine rein defensive europäische Gemeinschaft unterstützen, um so Aggressionen zu verhüten und ein Wiederaufleben des Militarismus auszuschließen.

Wer diese Antwort der Westmächte mit der Sowjetnote vergleicht, erkennt, daß hier zwei Welten einander gegenüberstehen. Auf der einen Seite der kaum verhüllte Kommandoton des russischen Sozialismus, auf der anderen die argumentative Sprache freier Regierungen.

Dafür hatte auch der Bundestag ein klares Gespür. Mit Beschluß vom 3. April 1952 ersuchte er die Bundesregierung, bei den Besatzungsmächten die Durchführung wirklich freier Wahlen unter internationaler Garantie zu erwirken.

---

### UdSSR-Antwortnote weicht aus

---

Wie würde die Sowjetunion reagieren? – Bereits **am 9. April 1952** kam ihre Antwortnote. Es war deutlich, wie eilig Moskau es hatte, den Abschluß des Deutschlandvertrages zu durchkreuzen. Diese Antwortnote erfordert eine genauere kritische Prüfung.

Ihre Tonart verrät die gereizte Ungeduld der Sowjets. Sie fordert jetzt, und zwar „ohne Verzug“, die Frage der Durchführung gesamtdeutscher Wahlen zu erörtern. Um die Beantwortung der von den Westmächten präzise gestellten Frage, wie die Voraussetzungen für freie Wahlen geschaffen und auch kontrolliert werden sollten, um diese Antwort drückte sie sich mit dem unscheinbaren Nebensatz herum: „So, wie sie, die Sowjetunion, dies bereits früher vorgeschlagen hat“. Dieser harmlos scheinende Satz enthüllt die raffinierte Doppelzüngigkeit dieser Note. Denn wann und wie hatte denn der Kreml „früher“ seine Vorschläge darge-

Man muß tatsächlich bis auf die Verhandlungen für die Londoner Außenministerkonferenz im Dezember 1947 zurückgehen. Nach diesen Vorschlägen sollte als erstes eine deutsche „demokratische“ Zentralregierung nicht etwa gewählt, sondern durch die Besatzungsmacht eingesetzt werden und zwar genau nach dem Muster, wie dies die Sowjets in ihrer mitteldeutschen Besatzungszone, in Polen und in der Tschechoslowakei erprobt hatten. Die westlichen Alliierten hatten schon 1947 diesen allzu durchsichtigen Vorschlag abgelehnt. Inzwischen hatte das Schicksal der Ostvölker klar erwiesen, wie mittels dieser Sowjetmethode aus souveränen Völkern Satelliten gemacht würden.

Jetzt, 1952 also, präzise gefragt, wie sie sich die Durchführung freier deutscher Wahlen dächten, glaubten die Sowjets sich „mit der plumphen Formel wie bereits früher vorgeschlagen“ durchmogeln zu können. Die Mitwirkung einer neutralen UNO-Kommission lehnten sie rigoros ab mit der fadenscheinigen Begründung, die UNO-Charta dulde keine Einmischung der UNO in deutsche Angelegenheiten. Weiter unterstreicht die Sowjetnote vom 9. April erneut und sehr ausführlich, daß einem gesamtdeutschen Staat keine eigene Bündnisfähigkeit zugestanden werden dürfe.

---

### Eigenwillige Vorstellungen der UdSSR

---

In der Begründung dafür findet sich ein erstaunlicher Passus: „Es wäre sowohl für die Sache des Friedens als auch für die deutsche Nation bedeutend besser, eigene Streitkräfte nach dem Muster der sowjetzonalen Volksarmee zu schaffen, als in Westdeutschland Söldnertruppen der Revanchepolitiker mit hitlerfaschistischen Generälen an der Spitze aufzustellen, die bereit sind, Europa in den Abgrund eines dritten Weltkrieges zu stürzen“. – Erstaunlich ist dieser Passus in doppelter Hinsicht. Einmal wegen der absurden Verdächtigung, die Westmächte wollten mit deutschen Söldnertruppen unter dem Oberbefehl hitlerfaschistischer Generäle einen dritten Weltkrieg anzetteln. In den 25 Jahren seit

1952 hat kein bundesdeutscher Soldat auf Menschen schießen müssen. Wohl aber hat die friedliebende „Volksarmee“ der DDR mit Panzern und schweren Waffen unter dem Kommando Moskaus die ihr befreundete Tschechoslowakei mit überfallen. Ihre Volksarmisten schießen nach wie vor an ihrer Grenze auf deutsche Landsleute und werden dafür noch mit Abschußprämien belohnt. – Erstaunlich zum anderen ist der erwähnte Satz wegen der explosiven Attacke auf die „hitlerfaschistischen Generäle“. Es war doch gerade die Sowjetunion gewesen, die knapp vier Wochen zuvor in ihrer Note vom 10. 3. die volle Rehabilitierung der Nazigeneräle gefordert hatte.

Was war bei dieser Note vom 9. April, die nach Ton und Inhalt eigentlich schon dem Abbruch des Notenwechsels gleichkam, in den Köpfen Stalins und seiner Mannen vorgegangen?

Eine Erklärung liefert die inzwischen erfolgte Entwicklung der politischen Situation im Westen.

---

### Starke Opposition durch die SPD

---

Gegenüber den auf den Abschluß zudrängenden Verhandlungen um den Deutschland- und um den EVG-Vertrag hatten sich die Gegenkräfte verstärkt. Adenauer skizzierte die Entwicklung so: „In Frankreich war das Mißtrauen gegen die Bundesrepublik nach wie vor sehr stark, und die französische Regierung und Außenminister Schuman hatten große Schwierigkeiten, eine Mehrheit für ihre Pläne zu finden“. Bei den französischen Sozialisten und einem Teil der Labour Party gab es einflußreiche Sympathisanten mit den Sowjetplänen. – Am ernstesten jedoch wirkte sich zweifellos der Widerstand der deutschen Sozialdemokratie aus. Bisher hatte die SPD – so noch am 14. 2. 1951 – jede Form einer deutschen Neutralisierung scharf abgelehnt. Jetzt jedoch im Zuge ihres radikalen Kampfes gegen die Eingliederung in eine westliche Verteidigungsgemeinschaft neigten viele Sozialdemokraten dazu, sich immer illusionärer den Sowjetvorstellungen anzupassen. Die Wortführer der SPD – Kurt Schumacher im Bundestag und Hinrich Wilhelm Kopf

im Bundesrat – plädierten für die Vertagung der vor dem Abschluß stehenden Verhandlungen über den Deutschland- wie über den EVG-Vertrag. In einem Interview mit der United Press am 22. 5. 1952 erklärte Kurt Schumacher die Taktik der SPD damit, die Überwindung des toten Punktes hänge davon ab, daß sich die Amerikaner und die Russen über die Verteilung der Welt einigen! Und weiter wörtlich: „Wir werden eine Propaganda entfachen, die stärker ist als alles, was wir bisher gemacht haben“. – Es war die „Ohne-mich-Propaganda“, die nun systematisch angeheizt wurde. Adenauer berichtet, ihn habe einer der drei Hohen Kommissare gefragt, „ob es uns wohl aufgefallen sei, daß die russische Note mit den Thesen Dr. Schumachers weitgehend übereinstimme, so daß man sich sogar die Frage stellen dürfe, ob es vielleicht eine Verbindung zwischen beiden gäbe“.

Diese Gegenkräfte waren es offenbar, auf welche die Sowjetnote vom 9. April spekulierete.

---

### Westmächte fordern erneut freie Wahlen

---

So provokativ und verletzend die sowjetische Note vom 9. April auch war, auch sie wurde von den **Westmächten** gewissenhaft geprüft und **am 13. Mai 1952** Punkt für Punkt auf den Boden der Tatsachen zurückgeführt. Dem Inhalt dieser Antwortnote hat Adenauer in seinen „Erinnerungen“ unter bezug auf den britischen Text volle fünf Seiten gewidmet (II, S. 93–98). Die Note gipfelt in dem entscheidenden Punkt: die Sowjetunion möge endlich Farbe bekennen, ob sie bereit sei, die Überprüfung freier Wahlen auch in ihrer Besatzungszone zuzulassen.

Wie zuvor wichen die Sowjets einer klaren Antwort aus und versuchten es statt dessen in der nächsten **Note vom 24. Mai 1952** mit einem völlig neuen Sprengsatz. Sie griffen auf das Potsdamer Abkommen der Siegermächte vom 2. 8. 1945 zurück, und behaupteten, es sei darin bestimmt worden, daß die Vier-Mächte einen Friedensvertrag auszuarbeiten hätten, nach welchem sich die zu bildende Gesamtdeutsche Regierung richten müsse. Sie forderten nunmehr die

Ausarbeitung eines solchen den Deutschen aufzuerlegenden Friedensvertrages durch eine Viererkonferenz.

Es ist interessant, anhand des Abkommens von Potsdam nachzuprüfen, wie die Sowjetregierung mit geschichtlichen Fakten umging und sich vor keiner Fälschung scheute. Das Potsdamer Abkommen stellte in Wirklichkeit nur für die vier verschiedenen Besatzungsmächte gleichartige Leitsätze für die Besatzungspraxis auf, ausdrücklich nur „für den Zweck der Besatzung“, nicht für die Folgezeit. Die Vorbereitung eines Friedensvertrages war außerdem keineswegs den Vierermächten anheimgegeben, auch China sollte beteiligt werden und das entsprechende Dokument müsse so sein, daß es auch durch eine „geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann (!), wenn eine solche Regierung gebildet wird“.

Man darf getrost diesen Versuch vom 24. 5. 1952, den Notenkrieg ad infinitum auf ein neues Feld zu verlegen, als nicht mehr diskussionswürdig charakterisieren. Nicht mehr diskussionswürdig war auch die Tonart dieser Note vom 24. 5. Den Westmächten wurde unterstellt, sie wollten nur dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland ausweichen. Ihnen ginge es vielmehr um ein Komplott mit den revanchelüsternen herrschenden Kreisen Westdeutschlands und der nordatlantischen Staatengruppe, durch ein Kriegsbündnis das deutsche Volk in einen Krieg hineinzuzerren.

So also die Sowjetnote vom 24. Mai 1952. Vergebens: am 25. und 26. Mai wurden Deutschlandvertrag und EVG-Vertrag in Bonn unterzeichnet. Insoweit war also die Notenoffensive der Sowjets im Jahre 1952 gescheitert.

Aber das war nur der erste Akt. Denn mit der Unterzeichnung der Verträge durch die Regierungen war ja deren Ratifizierung durch die zuständigen Parlamente noch nicht gesichert. Jetzt galt es für die Sowjets, die beteiligten Völker selbst zu infiltrieren und in den demokratischen westlichen Parlamenten Bundesgenossen zu mobilisieren.

In den USA erfolgte die Genehmigung der beiden Verträge schon bald nach deren Unterzeichnung am 1. 7. 1952 durch Senatsbeschluß.

Großbritannien folgte am 1. August 1952, die Beneluxstaaten im Frühjahr 1953.

---

### Verzögerungen durch die deutschen Sozialdemokraten

---

In der Bundesrepublik dagegen sammelten sich die Gegner der beiden Verträge zum angedrohten Gegenangriff. Die SPD strengte beim Bundesverfassungsgericht eine Klage an, um so die Ratifizierung auf den Sankt Nimmerleinstag zu verschieben. Denn bislang waren im Grundgesetz die Fragen der Verteidigung noch nicht geregelt. Ehe jedoch das Verfassungsgericht zu sprechen brauchte, schufen die Bundestagswahlen vom 6. September 1953 klare Verhältnisse. Mit einer Zweidrittelmehrheit wurde die Lücke im Grundgesetz in bezug auf die Verteidigungskompetenz der Regierung durch den neugewählten Bundestag ergänzt! Die verfassungsmäßige Gültigkeit der Verträge wurde bestätigt und diese ratifiziert. Am 30. März 1954 wurden die beiden Verträge durch den Bundespräsidenten unterzeichnet und verkündet.

In dieser ganzen Zeit – immerhin waren durch die sozialdemokratische Verzögerungstaktik zwei volle Jahre verstrichen – wußten unsere europäischen Vertragspartner nicht, woran sie mit der deutschen Bundesrepublik waren. Italien, das bis dahin gezögert hatte, ratifizierte nunmehr auch. Nur Frankreich fehlte noch. Schuman war nicht mehr Außenminister. Im Juni 1954 kam Mendès-France als Ministerpräsident. Am 30. August 1954 lehnte das französische Parlament den EVG-Vertrag ab.

Es war ein schwarzer Tag für Europa; die Sowjetunion schien nun doch noch nachträglich Stalins Ziel – er war inzwischen 1953 gestorben – erreicht zu haben.

Der britischen Regierung war es zu danken, daß sie sofort neue Schritte einleitete, um die Verteidigung Europas zu sichern und die Zeit der Besatzungsregime in der Bundesrepublik zu beenden. Auf der Pariser Konferenz am 23. 10. 1954 einigten sich die ursprünglichen sechs Unterzeichnerstaaten der geplatzen EVG – jetzt unter Miteinbeziehung von Kanada, Groß-

britannien und den USA. Anstelle der ursprünglichen EVG wurde die Westeuropäische Union (WEU) geschaffen und deren Verbindung mit der NATO. Der Deutschlandvertrag erfuhr die wesentliche Verbesserung, daß er nicht mehr mit dem Verteidigungsproblem gekoppelt blieb. Man überließ es dem freiwilligen Entscheid der Bundesrepublik, ob sie dem großen westlichen Verteidigungssystem der NATO beitrete.

Im Bundestag und Bundesrat wurden Deutschlandvertrag und NATO-Beitritt gegen den Widerstand der SPD angenommen. Am 5. Mai 1955 wurden die Ratifikationsurkunden der Staatsoberhäupter in Bonn hinterlegt. Zehn Jahre nach dem Zusammenbruch war die Bundesrepublik Deutschland wieder ein freier und unabhängiger Staat.

### Rückblick auf 25 Jahre

Seit dem Notenkrieg von 1952 sind 25 Jahre vergangen, ein Vierteljahrhundert. Damit sind jene Entscheidungen über den Tagesstreit hinaus in geschichtliche Perspektiven und unter geschichtliche Maßstäbe gerückt. „Freiheit oder Sozialismus“ – im Notenwechsel von 1952 sind die Welten der politischen

Freiheit und der sozialistischen Diktatur unverhüllt aufeinander geprallt. Damals wußte man in der Bundesrepublik noch, was Unfreiheit bedeutet. In diesem ganzen Vierteljahrhundert ist die Alternative „Freiheit oder Sozialismus“ die deutsche Schicksalsfrage geblieben. Weiß man es heute noch? Oder ist man im Genuß der Freiheit so selbstsicher geworden, daß viele glauben, es ginge auch ohne den eigenen Einsatz, die eigene Wachsamkeit, die eigene Wehrbereitschaft? „Die Freiheit und das Himmelreich“, so mahnte einst Ernst Moritz Arndt, „gewinnen keine Halben“.

Ein Vierteljahrhundert – was hatte Konrad Adenauer im Deutschlandvertrag erwirkt und was ist zwei Jahrzehnte später unter Bahr und Brandt daraus geworden? – Im Deutschlandvertrag hatte Konrad Adenauer erwirkt, daß sich die neuen Unterzeichnerstaaten in der Präambel feierlich verpflichteten, daß die Wiederherstellung eines völlig freien und vereinigten Deutschlands auf friedlichem Wege und die Herbeiführung einer frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung ein grundlegendes und gemeinsames Ziel der Unterzeichneten bliebe. Und die Ehrlichkeit gebietet, anzuerkennen, daß unsere Verbündeten in der Adenauerzeit

diese Verpflichtung ernst nahmen und auch nach 1955 in wiederholten Anläufen die Frage der Wiedervereinigung initiativ aufgegriffen. Für die Sowjets aber kam immer nur eine Wiedervereinigung unter Hammer und Sichel in Frage. – In Deutschlands ärmsten Jahren hatte Konrad Adenauer diese Mitverpflichtung der freien Völker des Westens errungen!

Was aber ist heute von jener feierlichen Verpflichtung des Deutschlandvertrages geblieben? – Kann jemand leugnen, daß mit der Aufwertung der DDR durch die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition, durch die Anerkennung der DDR als gleichberechtigter Staat, seine Aufnahme in die UNO Seite an Seite neben der Bundesrepublik jene feierliche Verpflichtung der freien Völker durch diplomatisches Versagen sang- und klanglos aufgehoben wurde? – Einst in armer Zeit eine der großartigsten Absicherungen für die Sache der Freiheit – jetzt in der Zeit des deutschen Wohlstands einfach vergessen und unterschlagen. – Welch politischer Dilettantismus!

Sind auch wir damit aus der Pflicht entlassen, die uns die Väter des Grundgesetzes auftrugen? „Freiheit statt Sozialismus“ – und das für alle Deutschen – jeder von uns bleibt gefragt und gefordert!

## EINLADUNG

Siegen 1977 – 25 Jahre EAK

### Die Freiheit verantworten – Herausforderung an uns Christen

13.-15. Mai 1977 Siegerlandhalle

#### 13. Mai 1977

20.00 Uhr

Festvortrag:

„Gedanken über die Zukunft des Christentums“

Prof. Dr. D. Helmut Thielicke, Hamburg

#### 14. Mai 1977

10.00–13.15 Uhr

Vorträge und Plenardiskussion

„Die Freiheit verantworten – Herausforderung an uns Christen“  
Staatssekretär Prof. Dr. Roman Herzog, Mainz/Bonn

„Gedanken zu den Überlebenschancen unserer Demokratie“

Prof. Dr. Günter Rohrmoser Stuttgart

15.00–18.00 Uhr

Arbeitskreisdiskussionen

AK I:

„Herausforderung an uns Christen – Grundwerte in der politischen Entscheidung“

AK II:

„Herausforderung an uns Christen – Solidarität und Freiheit in der sozialen Ordnung“

AK III:

„Herausforderung an uns Christen – Eine humane Bildung und Erziehung verwirklichen“

AK IV:

„Herausforderung an uns Christen – Ein freies Europa“

20.00 Uhr

Siegerländer Abend – Empfang für alle Tagungsteilnehmer

#### 15. Mai 1977

9.30 Uhr

Gottesdienst – Erlöserkirche

11.00 Uhr

Öffentliche Schlußveranstaltung mit  
Dr. Gerhard Schröder und  
Dr. Helmut Kohl

Die ausgedruckte Einladung mit Anmeldekarte liegt der April-Ausgabe der Evangelischen Verantwortung bei. Weisen Sie bitte schon jetzt – insbesondere in kirchlichen Kreisen – auf die 25-Jahr-Feier des EAK in Siegen hin.

## Aus unserer Arbeit

### EAK in Pinneberg dringend erforderlich

**Pinneberg:** Wie uns aus Pinneberg mitgeteilt wurde, ist die dortige Neugründung eines Evangelischen Arbeitskreises dringend erforderlich. Nicht zuletzt aufgrund der feststellbaren Aktivitäten des Gesprächskreises SPD-Kirche, der in Pinneberg bereits mehrere Veranstaltungen durchführte, haben eine Reihe von CDU-Sympathisanten und Mitgliedern beschlossen, ihrerseits in Pinneberg aktiv zu werden. Wer als Leser der Evangelischen Verantwortung im dortigen Bereich gerne mitarbeiten möchte, sollte sich mit Herrn Hans Bleckmann, Fröbelstraße 11, 2080 Pinneberg in Verbindung setzen.

### EAK Kiel arbeitet beim DEKT mit

**Kiel:** Kann ein Christ Sozialist sein? Mit dieser Frage will der Evangelische Arbeitskreis der CDU in seinem neuen Jahresprogramm, vom Vorsitzenden Dr. Heinz Zimmermann-Stock auf der Hauptversammlung vorgetragen, sich beschäftigen und eine Antwort erarbeiten. In dem Rechenschaftsbericht des Vorstandes, der ein Rückblick auf die Arbeit des EAK im abgelaufenen Jahr war, wurde die gute Zusammenarbeit mit der CDU-Kreispartei und ihren Organisationen hervorgehoben. Im neuen Programm stehen weitere Themen an, wie die Nordelbische Kirchenverfassung, das Verhältnis von Kirche und Staat und das Gespräch mit der evangelischen und katholischen Kirche. Im Juni wird der EAK am evangelischen Kirchentag in Berlin teilnehmen.

### Dank an Dr. Gramsch

**Oldenburg:** Auf einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Oldenburg trat

nach mehr als 20jähriger Vorstandstätigkeit Ministerialrat a. D. Dr. Alfred Gramsch von seiner Funktion als 1. Vorsitzender zurück. Für ihn wurde sein bisheriger Stellvertreter Joachim Engelmann zum neuen EAK-Vorsitzenden Oldenburg gewählt. Weiterhin gehören dem Vorstand als Stellvertreter Hartwig Hinrichs sowie als Beisitzer Sigrid Schramm, Joachim Rehder und Hans Niehaus an. Sowohl der EAK Oldenburg als auch der Bundes-EAK haben die von Dr. Alfred Gramsch geleistete Arbeit in besonderer Form gewürdigt; auch an dieser Stelle sei Dr. Gramsch nochmals für seine langjährige Tätigkeit in den vopolitisch konfessionell gebundenen Raum hinein gedankt. Seine Freunde in und außerhalb Oldenburgs hoffen, daß er seinen sachlichen Rat, seine menschlich so sympathische Art auch weiterhin der Sache des Evangelischen Arbeitskreises der Unionsparteien zur Verfügung stellt.

### Sorge über „Behörden-Verdrossenheit“

**Arnoldshain:** Eine „offenkundige Staats- und Behörden-Verdrossenheit“ zahlreicher Bürger registriert der rheinland-pfälzische Landtagspräsident und EAK-Landesvorsitzender Albrecht Martin. Auf einer Akademietagung der Militärseelsorge und der Evangelischen Akademie von Hessen und Nassau für Offiziere der Bundeswehr vertrat Martin die Auffassung, daß an die Stelle der Politik des Staates das „Ringeln von Interessen-Gruppen“ getreten sei. Ein Staat, der „keine wirklichen Ziele setzt“, laufe in die Gefahr, von seinen Bürgern abgelehnt zu werden.

Die Grundlage des demokratischen Rechtsstaates sieht Landtagspräsident Martin insbesondere durch einen „tiefgreifenden Wandel“ berührt: Die Freiheit des einzelnen, Freiheiten anderer zu gefährden, genieße leider – so der

Referent – Vorrang vor dem Anspruch eines jeden Menschen auf Schutz seiner Freiheit. Martin wandte sich gegen Theorien politischer Gruppen, daß es keine tatsächliche Pluralität in der Bundesrepublik gebe, weil die Macht herrschender Kräfte die anderen in unterprivilegierte Stellung festhalte. Es sei falsch zu meinen, echte Pluralität könne nur durch die Veränderung, wenn nicht gar Zerstörung des bestehenden Systems erreicht werden.

### Landesversammlung des EAK Baden

Ein viel beachtetes Referat von Professor Dr. Karl Steinbuch zum Thema „Über die Zukunft“ stand neben den satzungsgemäß erforderlichen Vorstandswahlen im Mittelpunkt der von nahezu 300 Teilnehmern besuchten Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises Baden, die am 5. Februar 1977 in Karlsruhe stattfand.

Der bisherige EAK Landesvorsitzende, Justizminister Dr. Traugott Bender, MdL wurde in seinem Amt bestätigt. Als geschäftsführenden Landesvorsitzenden wählten die Versammlungsteilnehmer Michael Feist aus Freiburg. Friedrich Reiner aus Meersburg, der über viele Jahre dieses Amt mit großem persönlichen Einsatz ausfüllte, kandidierte nicht mehr. Unter starkem Beifall hatte ihm zuvor Traugott Bender im Namen des EAK den Dank für seine hervorragende Arbeit ausgesprochen, wobei Friedrich Reiner weder Zeit noch persönliche Belastungen gescheut habe, um für den EAK wirken zu können. Dem geschäftsführenden EAK Landesvorstand gehören weiterhin an: Ruth Kühlewein, Karlsruhe; Prof. Dr. Hans Martin Pawlowski, Schriesheim; Pfarrer Heinz Reutlinger, Heidelberg; Dr. Wolfgang Schäuble MdB, Karlsruhe. Des weiteren wurden 12 Beisitzer gewählt.

## Kirchentag '77 Berlin – 8. bis 12. Juni 1977

Wir haben noch einige Kirchentagsplätze frei für interessierte Leser der Evangelischen Verantwortung. Wenn Sie bereit sind, uns und unsere Arbeit in Berlin zu unterstützen, so nehmen Sie umgehend Kontakt auf mit dem für alle den Kirchentag betreffenden Fragen zuständigen Referenten in der Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Wolfgang Müller, Oberer Lindweg 2, 5300 Bonn.

# „Kein Zurück mehr in die Zone des Schweigens“

Ernst Rasch

Die Situation der Kirchen in den Ländern Osteuropas beschäftigt in immer stärker werdendem Maße die Menschen in der westlichen Welt und es wird die Frage gestellt, ob die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) Erleichterungen für die Kirchen in Osteuropa gebracht hat. Dem Weltkirchenrat kommt dabei eine besondere Rolle zu; ob er sie wirklich wahrnimmt, oder ob er weiter – wie bisher fast immer – zur Unterdrückung der Glaubens- und Gewissensfreiheit in Osteuropa schweigt, ist eine der zentralen Fragestellungen des nachfolgenden Artikels.

## Weltrat der Kirchen und Religionspolitik in Osteuropa

Brüderlichkeit – ein im kirchlichen Sprachgebrauch häufiges Wort, war keine abgeschliffene Formel, sondern spürbar Verhaltensweise, als Ende 1961 in Neu-Delhi auf der dritten Vollversammlung des Weltrates der Kirchen (kurz „Weltkirchenkonferenz“ genannt) die etwa 200 Delegierten aus über 50 Ländern der Erde die orthodoxen Kirchen der Sowjetunion, Polens, Bulgariens und Rumäniens in die Repräsentanz der nicht-römischen Christenheit aufnahmen. Das milde Klima gegenseitigen Wohlwollens herrschte an jenem Tag in der „Vigyan Bhavan“, der modernen Kongreßhalle der indischen Metropole. Niemand fragte die bärtigen, schwarzgewandeten Männer, deren Wortführer der damals noch junge Erzbischof Nikodim vom Moskauer Patriarchat war und bis heute geblieben ist, nach ihrem Verhältnis zum kommunistischen Staat. Ihre Versicherung, aus geistlichen Motiven an der Unionsbewegung der versammelten Kirchen teilnehmen zu wollen, rief keinerlei Zweifel hervor, obwohl jedermann wußte, daß sie diesen Schritt nur mit Erlaubnis und unter Kontrolle ihrer Regierungen hatten tun können.

Mit dem Zuwachs aus den Ostblockländern kam in den noch ungefestigten Zusammenschluß der Kirchen ein Spannungsmoment hinein, das bei der Behandlung politisch relevanter Themen akut

werden mußte. Denn dieser Zusammenschluß war ja auf der ersten Weltkirchenkonferenz in Amsterdam 1948 nach langer Vorbereitung nicht gegründet worden, um sich in frommer Selbstbetrachtung zu ergehen, sondern um auf den Trümmerfeldern der Nachkriegszeit der Menschheit mit Wort und Tatbeweisen der christlichen Botschaft möglichst gemeinsam zu dienen. Eine der dadurch gegebenen Pflichten war die solidarische Hinwendung zu jenen Christen, die ihres Glaubens wegen bedrängt oder verfolgt wurden, wie das im kommunistischen Machtbereich mit unterschiedlicher Härte in den einzelnen Ländern geschah.

So kam es auf der zweiten Weltkirchenkonferenz 1954 in Evanston (USA) unter dem Eindruck der Nachrichten, die kein „Eiserner Vorhang“ aufhalten konnte, zu deutlichen Absagen an die „totalitäre Tyrannei“ kommunistischer Prägung, die für ihre Ideologie Anspruch auf das ganze Leben des Menschen erhob. Jedoch vermied es das abschließende Dokument, die Sowjetunion und ihre Satelliten namentlich aufzuführen. Ebenso ungenannt blieben die westlichen Länder, in denen die Konferenz das Fehlen von Gleichberechtigung der Konfessionen beklagte. Sie waren mitgemeint, als auf „die fortdauernden Leiden und Zurücksetzungen von Mitchristen in manchen Teilen der Welt“ hingewiesen wurde. Diese allgemeine Fassung der Resolution mochte es der kleinen Gruppe evangelischer Kirchenmänner aus der Tschechoslowakei und Ungarn erleichtert haben, ihr zuzustimmen; anwesend waren u. a. der bekannte Prager Theologe Professor Hromadka, 1968 einer der unerschrockenen Gegner der sowjetischen Invasion in seiner Heimat, und Bischof Janos Peter, der unter Kadar später eine Zeitlang als Außenminister amtierte. Bischof Dibelius berichtete damals über die Lage in Berlin und der DDR, wofür ihm auf offener Szene ungewöhnlicher Beifall zuteil wurde. Den schlesischen Bischof Hornig hatte Ulbrichts Regime erst gar nicht nach Evanston reisen lassen.

In der Folgezeit zwang die Fülle authentischer Tatsachen den Welttrat der Kirchen, im Blick auf den Osten aus der „Zone des Schweigens“ hervorzutreten, ohne deshalb sein Schwergewicht auf das politische Aufgabenfeld zu verlagern. Die theologische Aufarbeitung von Lehrdifferenzen, Mission und Diakonie behielten ihren Rang im Gesamtkonzept des Bestrebens, den Zusammenschluß der Kirchen zu einer lebendigen Einheit zu entwickeln. Ein markantes Beispiel deutlicher Stellungnahme bot sich 1964, als das ökumenische Zentralkomitee, das zwischen den Weltkirchenkonferenzen leitende Befugnisse wahrnimmt, in Moskau und Odessa tagte. Hier plädierten westliche Sprecher dafür, die Sowjetunion möge die Religionsfreiheit gemäß der von ihr mitunterzeichneten Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen vom Jahr 1948 nicht länger als ein Stück Papier betrachten, sondern zu einem verpflichtenden und konkreten Bestandteil ihrer Verfassungswirklichkeit machen; Verkündung und Verbreitung des religiösen Glaubens müßten ebenso frei sein wie die atheistische Propaganda.

Natürlich war nicht zu erwarten, daß der Kreml in der Reichweite seiner Macht vom Kurs auf die religionslose Gesellschaft der Zukunft abgehen würde. Aber er konnte weniger als zuvor hinter dem Schleier völliger Geheimhaltung Kirchen, Klöster und geistliche Seminare schließen, Gemeinden auf dem kalten Weg über Verwaltungsmaßnahmen um ihre Eigenständigkeit bringen und christliche Eltern entrechteten. Und wenn in dem engen kultischen Raum, den der Staat dem kirchlichen Leben noch beließ, die orthodoxe Frömmigkeit eine erstaunliche, den Westen beschämende Vitalität entfaltete – das Schicksal dieser Christen blieb künftig auf der Tagesordnung der Ökumene. Nahm sie sich der zugelassenen und geduldeten Kirchen an, so nach einigem Zögern auch der nichtregistrierten Religionsgemeinschaften, die sich mit einem bescheidenen Ghetto nicht abfinden wollten und bei einer Grenz-

überschreitung in die Öffentlichkeit äußerste Härte erfahren.

Auf der fünften Weltkirchenkonferenz Ende 1975 in Nairobi, der Hauptstadt Kenias, kam es bei der Behandlung dieses für den Kreml lästigen Themas zu der bisher heftigsten Kontroverse, die bis heute nachwirkt. Sie erfolgte zu einer Zeit, da nicht nur Christen den Mißbrauch politisch-ideologischer Macht zu spüren bekamen, sondern auch die nicht religiös motivierten Bürgerrechtler im Ostblock, die in der Tradition des gescheiterten „Prager Frühlings“ demokratische Freiheiten im kommunistischen Staat verfechten, selbst auf die Gefahr hin, mundtot gemacht oder physisch vernichtet zu werden. In Nairobi war man sich dessen bewußt, daß ihr oft tragisches Los ein Hohn auf das in Helsinki feierlich erneuerte Bekenntnis zur Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen war.

Helsinki gab dann auch das Stichwort ab, das in Nairobi einen beispiellosen Sturm entfachte. Östliche Delegierte widersprachen hier leidenschaftlich dem Antrag eines Schweizer, in einer Entschließung, die die Schlußakte von Helsinki würdigte und für Religionsfreiheit eintrat, die Sowjetunion als einzigen Staat negativ zu apostrophieren. Was als Kritik an der Moskauer Regierung gemeint war, faßte einer der Russen in der Hitze des Gefechts fälschlich als Angriff auf seine Delegation auf. Andere Landsleute gaben dagegen der Konferenz zu bedenken, es würde die Lage ihrer Kirchen nicht erleich-

tern, wenn man die Sowjetunion allein herausgreife; denn Helsinki sei noch ein neues Ereignis und brauche zum Ausreifen Zeit. Die Debatte endete mit dem Auftrag an den Generalsekretär des Weltrates, Dr. Philip Potter, bis zur nächsten Tagung des ökumenischen Zentralkomitees durch eine Umfrage bei den Kirchen in den Unterzeichnerstaaten der Schlußakte von Helsinki zu ermitteln, wo und in welchem Ausmaß gegen die Religionsfreiheit verstoßen werde.

Wer von den Mitgliedern des Komitees, das im August 1976 in Genf zusammentrat, mit konkreten Nachweisen gerechnet hatte, wurde enttäuscht. Potter nannte weder einzelne Fälle noch Praktiken in den einzelnen Staaten, die dem Geist und Buchstaben der Helsinki-Dokumente widersprechen. Desgleichen erfuhren die Teilnehmer nichts über die Briefe, Appelle und Stellungnahmen, welche die Genfer Zentrale des Weltrates der Kirchen zur Frage der Religionsfreiheit in den sozialistischen Ländern Europas erhalten hatte. Inzwischen war beispielsweise bekannt geworden, daß in einem dieser Schreiben orthodoxe Christen in der Sowjetunion berichteten, Gläubige würden „zur Austreibung ihrer Religion“ in psychiatrische Kliniken eingewiesen und zwangsweise mit Medikamenten behandelt. Da sich Potter auf die allgemeine Feststellung beschränkte, es seien „zahlreiche Verletzungen von Religionsfreiheit“ erwiesen, sah sich das Zentralkomitee veranlaßt, eine international zusammengesetzte Beratergruppe

zu bilden, die den Mangel an konkreten Angaben beheben und in einem bestimmten Turnus Ergebnisse vorlegen soll.

Ob das ohne russische Pressionen bleiben und gelingen wird, ist abzuwarten. Schließlich gehört Erzbischof Nikodim seit Nairobi zum sechsköpfigen Präsidium des Weltrates der Kirchen. Vielen Delegierten, die ihn nicht wählten, gilt er als „Symbol einer kirchlichen Politik, die in ausländischen Ohren wie eine ständige Verteidigung von Richtlinien des Kreml klingt, und der sich – was noch schlimmer ist – bei Auseinandersetzungen mit Dissidenten und anderen Leidenden stets auf die Seite der Regierungen zu stellen scheint“ – so der Kommentar eines führenden holländischen Kirchenvertreters, der nach langjähriger Beobachtung der ökumenischen Szene einen leider zutreffenden Eindruck vermerkt. Und da in jüngster Zeit auch andere Stimmen aus den östlichen Kirchen entschieden eine stärkere Beteiligung an allen Gremien und Arbeitsvorhaben des Weltrates gefordert haben, wird dieser mit wachsenden Spannungen, ja vielleicht mit neuen Zerreißproben rechnen müssen. Seine Glaubwürdigkeit gebietet jedoch, die Wahrheit über menschenunwürdiges Leben von Christen und Nichtchristen nicht zu manipulieren. Dem ist in abgewogener, gut überlegter Form zu widerstehen. Die moralische Berechtigung dazu setzt freilich ein praktisch bewährtes Bekenntnis im Bereich der eigenen Glaubensfreiheit voraus.

---

## Kurz notiert

---

### Begegnungsstätte für Rußlanddeutsche in Gifhorn geplant

Die Einrichtung einer Begegnungsstätte für deutschstämmige Spätaussiedler aus der Sowjetunion ist in der Lüneburger Heide am Stadtrand von Gifhorn geplant. Der Neubau, der fast eine Million DM kostet, soll als Mittelpunkt einer Nebenerwerbssiedlung für Deutsche aus der Sowjetunion

Modellcharakter für die Bundesrepublik haben. Bei der Realisierung des Vorhabens arbeitet der Träger des Projekts, die Birger-Forell-Stiftung in Bad Godesberg, eng mit der hannoverschen Landeskirche und der St.-Nicolai-Gemeinde in Gifhorn zusammen. Die Begegnungsstätte soll ein Ort kirchlicher Kommunikation und Traditionspflege werden, wo sich bis zu 300 Menschen zu Tagungen, Feiern, zur Fortbildung oder auch zu Gottesdiensten treffen können.

### Verhaftungen in der UdSSR Protest gegen jüngste

Gegen die jüngsten Verhaftungen von Bürgerrechtlern in der Sowjetunion hat die Gesellschaft für Menschenrechte beim sowjetischen Ministerpräsidenten Alexej Kossigyn protestiert. In dem Telegramm an Kossigyn heißt es, daß sich die Verhafteten Alexander Ginsburg, Mykola Rudenkov und

Prof. Juri Orlow keines Vergehens schuldig gemacht hätten, sondern nur darauf beharrten, daß die Regierung der UdSSR die Menschenrechts-Beschlüsse von Helsinki in ihrem Machtbereich anerkennt und gewährleistet. Ein weiteres Telegramm richtete die Gesellschaft für Menschenrechte an die Bundesregierung, die als Unterzeichnerin der KSZE-Beschlüsse ihre Stimme gegen die Verhaftungen der Bürgerrechtler erheben sollte.

---

### Religiöser Trend bei Jugendlichen in der DDR

---

Nicht nur Jugendliche aus traditionell christlichen Familien halten zur Kirche, sondern auch junge Menschen ohne „religiösen Hintergrund“ beteiligen sich am kirchlichen Leben in der DDR. Diese Feststellung traf eine Delegation von Vertretern der Vereinigten Kirche von Kanada (UCC), die den evangelischen Kirchen in der DDR einen ersten offiziellen Besuch abstattete. Die kanadischen Kirchenvertreter haben nach ihren Worten einen differenzierten Einblick in die Situation der Kirchen und das Denken und Verhalten von Christen in der DDR erhalten. Besonders positiv bewerten sie ihre Gespräche mit Jugendlichen. Ein Sprecher faßte seine Eindrücke in dem Satz zusammen: „Die Kirche in der DDR lebt“.

Die Delegation der UCC, die zu den unierten Kirchen gehört und in fester Verbindung mit der Evangelischen Kirche der Union (EKU) steht, ist nach ihrem zehntägigen DDR-Aufenthalt inzwischen in West-Berlin eingetroffen. Anschließend besuchen die kanadischen Kirchenvertreter die Landeskirche in Westfalen und werden von Präses D. Hans Thimme empfangen.

---

### Trend zur Gewerkschaft nimmt in den Kirchen zu

---

Immer mehr Diakone, Kindergärtnerinnen, Sozialarbeiter beider Konfessionen und protestantische Theologen treten in die Gewerkschaft ein, um auch in ihrem Bereich Tarifverträge, Regelungen für Urlaubsgeld und Urlaubsdauer zu erhalten. Zu diesem Ergebnis kommt die „Welt“ in ihrer Ausgabe vom 8. 2. 1977. Die meisten Kirchen-

leitungen hätten auf diesen neuen Trend bisher mit Widerstand reagiert, kennten sie doch als Tendenzbetrieb im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes keine Betriebs- und Personalräte. Als einzige habe die Evangelische Kirche in Schleswig-Holstein (heute Nordelbische Kirche) 1960 Tarifverträge mit DGB und DAG abgeschlossen.

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) hat jetzt angesichts „der auch in den Kirchen umgehenden Furcht um den Arbeitsplatz“, so die „Welt“, eine verstärkte Mitgliederwerbung eingeleitet. Sie gibt ihren Mitgliederstand bei den Kirchen mit 18 000 bis 20 000 an. Beide, Gewerkschaften und Kirchen, bezeichnen die Zunahme als „zügig“.

---

### Martyrertum keine Rechtfertigung für „Greueltat“ von Musami

---

„Als Märtyrer starben die Missionare von Musami in Rhodesien“, kommentiert die vatikanische Tageszeitung „L'Osservatore Romano“ den jüngsten Terroranschlag auf die Missionsstation von Musami, bei dem drei Missionare und vier Ordensschwwestern ermordet wurden. Martyrertum sei jedoch keine Rechtfertigung für diese „Greueltat, das Verbrechen und den Gewaltakt“, betont das Blatt und unterstreicht den „selbstlosen und aufopferungsvollen“ Dienst der Missionare für die Verbreitung des Evangeliums: „Sie haben kein anderes Ideal und verfolgen keine anderen Interessen.“ Ihr Wirken sei einzig und allein der Friedensstiftung unter den Menschen gewidmet gewesen.

Die Vatikanzeitung, die das Geschehen in Musami mit dem Brudermord des Kain vergleicht, bemerkt abschließend: „Wie am Anfang des Christentums und wie im Verlauf der Jahrhunderte, so werden auch heute die Missionare Opfer des Hasses, der Gewalt und der Unterdrückung.“

---

### Bereits 40 000 Interessenten für Gemeindetag unter dem Wort

---

Aus dem In- und Ausland liegen der Geschäftsstelle des Gemeindetages unter dem Wort, der vom 17. bis 19. Mai 1977 in Dortmund stattfinden wird, tausende von An-

fragen vor. Wie die Pressestelle des Gemeindetages jetzt bekannt gab, haben bereits 40 000 Personen das ausführliche Veranstaltungsprogramm bestellt. Das Programm informiert über die Evangelisationen in der Westfalenhalle, die Großveranstaltung im Westfalenstadion, sowie über die 15 Arbeitsgruppen mit deren Referenten und Gesprächsleitern.

Neben der Bundesrepublik Deutschland kommen auch zahlreiche Bestellungen aus den europäischen Nachbarländern. Die bisher entferntesten Teilnehmer haben sich aus Neuseeland gemeldet.

An vorläufigem Werbematerial, das allgemein über das geplante Treffen der evangelischen Christen informieren soll, sind schon mehr als eine halbe Million Exemplare angefordert und versandt worden. Nachdem der nordrhein-westfälische Kultusminister für die teilnehmenden Jugendlichen und Kinder schulfrei angeordnet hat, bemüht sich das Gemeindetagspräsidium, auch in anderen Bundesländern eine gleiche Regelung zu erreichen.

---

### Vietnamesische Flüchtlinge in der Falle

---

Verschlimmert hat sich die Lage der vietnamesischen Flüchtlinge in Lagern in Thailand. Vietnamesen an deutschen Universitäten ist bekannt, daß es deswegen zu Unruhen gekommen ist. Das Vorgehen der Lageraufsicht habe Schwerverletzte und sogar Tote gefordert. Zeugen dafür gebe es in der niederländischen Botschaft in Bangkok.

Die schlechten Nachrichten aus Fernost haben die Verbitterung unter den Vietnamesen in der Bundesrepublik noch gesteigert. Sie können nicht verstehen, daß die Bundesregierung ihre Zusage, 1 000 Vietnamesen Asyl zu gewähren, nicht erfüllt, während Tausende ihrer Landsleute in thailändischen Lagern in völliger Unsicherheit über ihr weiteres Schicksal leben müssen. Ohne Angehörige in einem freien Land gibt es niemanden, der einen Ausreise- und Aufnahmeantrag für sie stellt, die Vorbedingung dafür, das Lager verlassen zu können. Auch die Bundesregierung kann sich nicht zu einem solchen humanitären Schritt entschließen, obwohl, wie das Innenministerium bestätigt, „noch einige Hundert“

an der Aufnahmequote fehlen. Die Konsequenz für die Flüchtlinge nach ihrer dramatischen Flucht nach der kommunistischen Machtübernahme in ihrer Heimat: Sie sitzen in einer unentrinnbar scheinenden Falle; ihr Lager, ein kleines Boot im Küstenbereich, von dem sie nicht an Land gelassen werden, ist isoliert gehaltenes Niemandsland.

Auch die Kirche hat sich bei der Bundesregierung für die Flüchtlinge verwendet. Ihr Vorschlag, die Aufnahmequote von 1 000 auf 2 000 zu erhöhen, hielt Innenminister Maihofer für unnötig, da nicht einmal die 1 000 Asylplätze benötigt worden seien. Verteilt auf die einzelnen Bundesländer wurden die 1 000 Vietnamesen nach folgendem vereinbarten Schlüssel: Nordrhein-Westfalen 317, Baden-Württemberg 169, Bayern 132, Hessen 85, Niedersachsen 82, Berlin 80, Rheinland-Pfalz 49, Hamburg 31, Saarland 25, Schleswig-Holstein 18 und Bremen 12. Baden-Württemberg hat nach Angaben des Innenministeriums sein „Soll“ bis auf 4 erfüllt. Es gibt aber auch Bundesländer, die sich gegenüber Asyl-

suchenden aus Chile weit zuvorkommender verhielten.

### **Moskauer Kongreß: BK-Werbung in Spanien und Portugal**

Beträchtliche Aktivitäten entwickelt die „Berliner Konferenz katholischer Christen aus europäischen Staaten“ (BK), jene Ost-Berliner Initiative einer kleinen Gruppe von Katholiken in der DDR, die den Regierungskurs der SED nahezu vorbehaltlos unterstützt und von der Kirche und den Bischöfen mit Mißtrauen und Reserve betrachtet wird. Die Gruppe um den Publizisten Otto Hartmut Fuchs, der sich Anfang der 50er Jahre aus Württemberg in die DDR absetzte, hat freilich Zuzug und Rückendeckung aus mehreren Ostblockländern sowie von seiten durchweg links-katholischer Gruppierungen in einigen westeuropäischen Ländern von Norwegen bis Portugal. Auch aus der Bundesrepublik reisen zu den Veranstaltungen stets ein paar Außenseiter an, die sich über die politische Zielsetzung der BK Illusionen machen.

Gegenwärtig befindet sich eine mehrköpfige Delegation unter Leitung von Fuchs auf einer ca. einwöchigen Tournee durch Spanien und Portugal. Ihr gehören aus dem Ostblock das Leitungsmitglied der polnischen Pax-Vereinigung, Witold Jankowski, der tschechoslowakische führende Friedenspriester Jan Mara sowie Dr. Imre Varkonyi, Propst und Landesdirektor der ungarischen regimefreundlichen Actio catholica, an. Die westlichen Delegationsmitglieder sind bisher nicht bekannt. Dem Vernehmen nach will die BK-Spitze ihre schon vorhandenen Verbindungen zu linkskatholischen Gruppierungen beider Länder, besonders zur Bewegung „Christen für den Sozialismus“ ausbauen. Es dürfte vornehmlich auch darum gehen, die Werbetrömel für den im Juni in Moskau vorbereiteten „Kongreß der religiösen Friedenskräfte“ zu schlagen, an dem die BK mit einer stattlichen Delegation neben anderen Organisationen – so die Prager christliche Friedenskonferenz – teilnehmen wird. Organisator des Kongresses ist die Russisch-Orthodoxe Kirche.

## **Aus den Tagungsprogrammen der Akademien**

### **Evangelische Akademie Arnoldshain 6381 Arnoldshain (Taunus)**

**18. bis 20. März 1977**  
WORKSHOP – Spiele zur Entwicklungshilfe

### **Evangelische Akademie Kurhessen-Waldeck 3520 Hofgeismar, Schlößchen Schönburg**

**18. bis 20. März 1977**  
Kind – Familie – Religion  
Religiöse Erziehung in der Familie: Bedingungen – Möglichkeiten – Grenzen

### **Evangelische Akademie Rheinland-Westfalen – Haus Ortlohn Baarstraße 59–61 5860 Iserlohn/Westfalen**

**12. bis 15. April 1977**  
Probleme der dritten Lebensphase und ihre Bewältigung

– Tagung mit alleinstehenden Frauen

### **Evangelische Akademie Rheinland-Westfalen – Haus der Begegnung Uhlenhorstweg 29 4330 Mülheim/Ruhr**

**23. bis 24. April 1977**  
Die Lage des älteren Menschen in unserer Gesellschaft  
– Tagung in Verbindung mit dem Amt für Sozialethik und Sozialpolitik der Evangelischen Kirche im Rheinland

### **Evangelische Akademie Nordelbien Marienstraße 31 2360 Bad Segeberg**

**25. bis 28. April 1977**  
Strafvollzug in unserer Gesellschaft – Aufgaben – Probleme – Möglichkeiten – Aufbaukurs für Mitarbeiter im Vollzugsdienst

### **Evangelische Akademie Tutzing (Starnberger See), Schloß 8132 Tutzing**

**15. bis 17. April 1977**  
Freie Erwachsenenbildung? Kommunales Monopol oder plurale Trägerschaft

### **Katholische Akademie der Erzdiözese Freiburg Wintererstraße 1 7800 Freiburg i. Br.**

**12. bis 13. März 1977**  
(in Mannheim, Hotel Wartburg)  
Neue Modelle der Gesundheitserziehung

**19. bis 20. März 1977**  
(in Konstanz/Bodensee)  
Familienpolitik in der Bundesrepublik

#### **Unsere Autoren:**

Dr. Ernst Rasch  
Schillerstraße 39  
6601 Riegelsberg (Saar)

Dr. Alfred Gramsch  
Philosophenweg 32  
2900 Oldenburg

Evangelische Verantwortung – Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU. Herausgeber: Dr. Gerhard Schröder, MdB; Dr. Werner Dollinger, MdB; Kultusminister Prof. D. Wilhelm Hahn, MdL; Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg, MdL. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Peter Egen, Oberer Lindweg 2, 5300 Bonn, Telefon (0 22 21) 54 43 06. Verlag: Union-Betriebs-GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn. Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM. Konto: EAK – Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267. Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf. Abdruck kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten.